

DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Landtagsklubs FRITZ - Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und Mag. Markus Sint

betreffend:

Tirol sozialer machen:

Land Tirol stellt mit Zwischenfinanzierung für 2019 unverzichtbare Arbeit der Sozialökonomischen Betriebe (SÖB) und Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekte (GBP) sicher!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Der Tiroler Landtag bekennt sich zur Wichtigkeit und Notwendigkeit des Erhalts und der Förderung von Sozialökonomischen Betrieben (SÖB) und Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten (GBP) und fordert deshalb die Tiroler Landesregierung auf,

- 1.) mit der Bundesregierung und dem Arbeitsmarktservice (AMS) in weitere Verhandlungen zu treten, um die langfristige Absicherung von Sozialökonomischen Betrieben und Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten in Tirol zu gewährleisten, und**
- 2.) die aktuell durch Budgetkürzungen bzw. Schließungen gefährdeten Sozialökonomischen Betriebe und Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekte aus den entsprechend vorhandenen Rücklagen der Arbeitsmarktförderung für das Jahr 2019 zwischenzufinanzieren und ihnen Planungssicherheit zu geben sowie ihre unverzichtbare Arbeit abzusichern.“**

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs. 3 GO-LT dem **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Pflege und Soziales** zugewiesen werden.

BEGRÜNDUNG:

„Bis zu 80 Jobs in Tirol vor Aus: Kahlschlag bei Sozialbetrieben“¹

Derartige Überschriften waren in den vergangenen Wochen in den Medien zu lesen. Hintergrund ist die Vorgabe der Bundesregierung an das Arbeitsmarktservice Tirol 1,4 Millionen Euro pro Jahr im Budget einzusparen. Das AMS Tirol kürzt nun die Förderung für die rund 15 Sozialökonomischen Betriebe und Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekte dramatisch. Bis zu 80 Arbeitsplätze sind betroffen. Besonders in peripheren Regionen dürften die Einsparungen zu einem Kahlschlag führen.²

Beispielsweise droht bei geförderten Betrieben in Osttirol ein Verlust von 700.000 Euro, dadurch könnten alleine dort bis zu 50 Mitarbeiter nicht mehr beschäftigt werden.³ Bisher haben das AMS bzw. das Land Tirol die Osttiroler Betriebe jährlich mit folgenden Beträgen gefördert:

SOFA - s'Gwandtl			Schindel & Holz Umweltwerkstatt		
AMS	€ 377.000	82 %	AMS	€ 377.000	94 %
Land Tirol	€ 83.000	18 %	Land Tirol	€ 23.000	6 %
Förderbedarf insgesamt	€ 460.000		Förderbedarf insgesamt	€ 400.000	

Nun hat das AMS vor, diese Förderung drastisch zu kürzen, mit verheerenden Folgen. Die Existenzgrundlage für diese beiden Betriebe bzw. deren 50 Beschäftigte ist dann gefährdet.

Ähnlich sieht es mit weiteren Einrichtungen in anderen Bezirken Tirols aus.

Sozialökonomische Betriebe (SÖB) und Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte (GBP) bieten grundsätzlich ein Beschäftigungsangebot für Menschen (=Transitarbeitsplätze), die sich aus unterschiedlichen Gründen besonders schwer tun, Arbeit zu finden. Dazu zählen Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitssuchende und auch Frauen. Die Finanzmittel dieser Einrichtungen zu kürzen und damit Arbeitsplätze in diesen Einrichtungen zu streichen, schadet den betroffenen Personen, die es ohnehin nicht leicht haben, und ist auch finanziell sehr kurzfristig gedacht. Bei Schließung dieser Einrichtungen muss erst wieder die öffentliche Hand – Bund, AMS, Land Tirol, Gemeinden – einspringen, etwa über das Arbeitslosengeld oder die Mindestsicherung.

Was durch Fördermittelkürzungen kurzfristig eingespart wird, muss durch Sozialausgaben langfristig mehrfach ausgegeben werden!

¹ Siehe Tiroler Tageszeitung vom 24.05.2018

² Siehe „Bis zu 80 Jobs in Tirol vor Aus: Kahlschlag bei Sozialbetrieben“, Tiroler Tageszeitung, 24.05.2018

³ Siehe „Bis zu 80 Jobs in Tirol vor Aus: Kahlschlag bei Sozialbetrieben“, Tiroler Tageszeitung, 24.05.2018

Aus diesem Grunde ist es zielführend und zweckmäßig, die SÖB und GBP weiterhin zu unterstützen und zu fördern. Die Landesregierung soll daher unverzüglich mit der Bundesregierung und dem AMS in Verhandlungen treten, um die langfristige Absicherung von Sozialökonomischen Betrieben und Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten in Tirol zu gewährleisten. Als Übergangslösung und im Sinne rascher Hilfe soll das Land Tirol die unverzichtbare Arbeit der aktuell durch Budgetkürzungen bzw. Schließungen gefährdeten Sozialökonomischen Betriebe und Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekte mit einer Zwischenfinanzierung für das Jahr 2019 finanziell absichern.

Nach einigen Gesprächen und Verhandlungen hat das AMS Tirol am 15. Juni verlautbart, dass es zu Budgetkürzungen in der Höhe von 1,4 Millionen Euro für das Jahr 2019 kommen werde. Dadurch müssten zwar keine SÖB bzw. GBP geschlossen werden, aber es müssten Arbeitsplätze reduziert werden. Konkret sollen 42 Transitarbeitsplätze eingespart werden. Allein in den Osttiroler Einrichtungen würden 23 Arbeitsplätze verloren gehen!

Um diese Reduktion von Arbeitsplätzen und Transitarbeitsplätzen zu vermeiden, ergibt sich für das Land Tirol eine notwendige Zwischenfinanzierung in der Höhe von 1,4 Millionen Euro für das Jahr 2019. Diese Finanzmittel sind in den Rücklagen der Tiroler Arbeitsmarktförderung vorhanden. Laut Rechnungsabschluss für das Jahr 2017 beläuft sich die Rücklage in der Arbeitsmarktförderung auf rund 4,4 Millionen Euro.

Mit einer Zwischenfinanzierung für 2019 kann das Land Tirol Arbeitsplätze und Transitarbeitsplätze erhalten und den betroffenen Sozialökonomischen Betrieben und Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten Planungssicherheit geben.

Schon derzeit unterstützt das Land Tirol diese Betriebe aus den Mitteln der Arbeitsmarktförderung, notwendig ist also eine Aufstockung für das Jahr 2019 um die Summe von 1,4 Millionen Euro.

Die **Dringlichkeit** dieses Antrages ergibt sich daraus, dass bei den Sozialökonomischen Betrieben (SÖB) und Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten (GBP) durch die massiven Budgetkürzungen der Bundesregierung bzw. des AMS Arbeitsplätze und Transitarbeitsplätze verloren gehen. Um dies für die Betroffenen wie Langzeitarbeitslose, über 50-Jährige Arbeitnehmer und Frauen zu verhindern, ist rasch eine Zwischenfinanzierung durch das Land Tirol für das Jahr 2019 sicherzustellen.

Innsbruck, am 21. Juni 2018